

Aber nicht nur das Handwerk, sondern auch der von der Wirtschaftspartei mit gleichem Nachdruck umworbene Einzelhandel hat dieser Partei bereits mehr als einmal eine entschiedene Absage erteilt. Vor den Maiwahlen 1924 schrieb, um nur einiges hervorzuheben, die „Feinkost“ (Nr. 13 vom 29. 3. 24):

„Statt aber Parteien, deren gesundes Kultur- und Wirtschaftsprogramm an sich über allen Zweifel erhaben ist, einfach voreilig zum alten Eisen zu werfen und neue Parteien zu gründen, d. h. neue Götzen aufzurichten, die meist viel unerprobter und geistig bedeutungsloser sind, als die alten Parteien mit vielen politischen Charakterköpfen, statt dessen sollten lieber einzelne bürgerliche Parteien gestützt werden, damit ihre Zahl von Abgeordneten im neuen Reichstag so groß werde, daß sie den Willen zur Macht zugunsten der Nation und Wirtschaft anders als im links-orientierten Reichstag bekunden können.

Neue Parteien bedeuten über kurz oder lang stets eine neue Enttäuschung. Das lehrt uns eine sechzigjährige reiche Parteigeschichte . . .

Neue Parteien pflegen ihre Gründer und Führer — oder das, was sich so nennt — an die Spitze der Wahlbewerberlisten zu setzen, und das sind meist nur die Verärgerten, die Eigenbrödlar, diejenigen, deren Ehrgeiz, Kurage und Selbsteinschätzung größer sind als ihr tatsächliches Können. Entweder sind sie in den bestehenden Parteien nicht zur Geltung gekommen, weil da schon tüchtige Führer vorhanden sind, oder es sind die „reinen Loren“, die, unmittelbar aus der Wüste kommend, den Lärm des Tages und das öffentliche Leben nur ungenügend kennen und nur deshalb glauben, den Stein der Weisen gefunden zu haben.“

Diese ganz offenbar auf die Wirtschaftspartei gemünzten Ausführungen hielt die „Feinkost“ auch weiterhin aufrecht, indem sie nach den Dezemberwahlen in Nr. 61 vom 20. 12. 24 schrieb:

„Ohne auf die freie politische Ueberzeugung unserer Berufsgenossen einen Einfluß ausüben zu wollen, sei hier doch hervorgehoben, daß wir kein Freund der Wirtschaftspartei sind, da wir politische Parteien, unter berufsständischem Gesichtspunkt gegründet, für einen Non sens und obendrein für einen nationalen und staatspolitischen Nachteil halten.“

Auch der Reichsschutzverband für Handel und Gewerbe hat bei den Wahlen von 1924 gegen eine besondere Mittelstandspartei Stellung genommen, indem er (nach der „Schutzwehr“ Nr. 10 vom 8. 3. 24) folgendes erklären ließ:

„Der Hauptausschuß des Reichsdeutschen Mittelstandstages und der Gesamtvorstand des Reichsschutzverbandes für Handel und Ge-

